



tirol

77. Jahrgang / März 2004

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|--|---|
| 13. Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2004;
Amtsübergabe und konstituierende Sitzung
des Gemeinderates | 17. Aktuelle Fragen zum Bioabfallrecht |
| 14. Entsorgung von organischen Abfällen
über die Kanalisation | 18. Tierseuchenfonds;
Pflichtbeiträge 2004 |
| 15. Verbot des Verbrennens von biogenen Materialien
außerhalb von Anlagen | 19. Neuregelungen im Umsatzsteuerrecht
ab 1. Jänner 2004 |
| 16. Abgrenzung Deponierung – landwirtschaftliche
Rekultivierung | Verbraucherpreisindex für Jänner 2004
(vorläufiges Ergebnis) |

13.

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2004; Amtsübergabe und konstituierende Sitzung des Gemeinderates

Amtsübergabe

Nach § 27 Abs. 1 der Tiroler Gemeindeordnung 2001, LGBL. Nr. 36, beträgt die Funktionsperiode des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und des Bürgermeisters sechs Jahre. Sie beginnt mit der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates und endet mit der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Danach sind bis zur konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates der bisherige Gemeinderat, Gemeindevorstand und Bürgermeister im Amt. Nach dem Größenschluss gilt dies auch für die gemeinderätlichen Ausschüsse. Demokratisches Empfinden und politische Rücksichtnahme sollten die Mandatäre und Funktionäre soweit zügeln, nur noch laufende und un-aufschiebbare Entscheidungen zu treffen. Gerechtfertigt erscheinen jedenfalls Entscheidungen, die – wie die Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2003 bis längstens Ende März 2004 – rückwärts gerichtet sind. Damit ist für die Gemeinde durchgehend eine handlungsfähige, demokratisch legitimierte Vertretung sichergestellt.

Die eingangs angesprochene abweichende gesetzliche Regelung besteht darin, dass nach § 75 Abs. 1 der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994, LGBL. Nr. 88, der neu gewählte Bürgermeister die neu gewählten Mitglieder des Gemeinderates in der dritten Woche nach dem

Wahltag, bei einer engeren Wahl des Bürgermeisters binnen einer Woche nach der engeren Wahl, das ist zwischen Montag, dem 22. März 2004, und Sonntag, dem 28. März 2004, zur konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates und zur Wahl des Gemeindevorstandes einzuberufen hat. Dabei handelt es sich um eine einzelne vorgezogene Amtshandlung des neu gewählten Bürgermeisters. In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates führt bereits der neu gewählte Bürgermeister von Anfang an den Vorsitz.

Konstituierende Sitzung des neu gewählten Gemeinderates

In der konstituierenden Sitzung können nach § 75 Abs. 2 TGWO 1994 Entscheidungen nur dann getroffen werden, wenn wenigstens drei Viertel der Mitglieder des Gemeinderates erschienen sind. Sind nicht wenigstens drei Viertel der Mitglieder erschienen, so ist der Gemeinderat neuerlich binnen zwei Wochen zur konstituierenden Sitzung einzuberufen; in dieser Sitzung ist der Gemeinderat ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Gemeinderatsmitglieder beschlussfähig.

Tagesordnung der konstituierenden Sitzung

Nach § 76 TGWO 1994 ist in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates

- in Gemeinden mit mehr als 1.000 und höchstens 5.000 Einwohnern zu bestimmen, ob ein zweiter Bür-

germeister-Stellvertreter vorzusehen ist; die Entscheidung ist mit einfacher Mehrheit zu treffen und bindet für die gesamte folgende sechsjährige Funktionsperiode,

- die Anzahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes festzusetzen; die Entscheidung ist mit einfacher Mehrheit zu treffen und bindet für die gesamte folgende sechsjährige Funktionsperiode,
- zu bestimmen, ob die stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes im Falle ihrer Verhinderung durch Ersatzmitglieder zu vertreten sind,
- zu ermitteln, wie viele Stellen des Gemeindevorstandes auf die einzelnen Gemeinderatsparteien entfallen,
- die Wahl des Bürgermeister-Stellvertreters (der Bürgermeister-Stellvertreter) durchzuführen,
- die Wahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes durchzuführen und
- die Wahl der Ersatzmitglieder der stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes vorzunehmen.

Zur Zusammensetzung des Gemeindevorstandes

Die Zusammensetzung des Gemeindevorstandes regelt § 23 TGO 2001. Der Gemeindevorstand besteht aus dem Bürgermeister, aus einem oder zwei Bürgermeister-Stellvertretern und aus einem oder mehreren stimmberechtigten Mitgliedern.

In Gemeinden mit höchstens 1.000 Einwohnern ist ein, in Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern sind zwei Bürgermeister-Stellvertreter zu wählen. In Gemeinden mit mehr als 1.000 und höchstens 5.000 Einwohnern kann ein zweiter Bürgermeister-Stellvertreter gewählt werden, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben des Gemeindevorstandes erforderlich ist. Maßgeblich ist das Ergebnis der letzten Volkszählung im Jahre 2001.

Ein zweiter Bürgermeister-Stellvertreter hat wie der erste Bürgermeister-Stellvertreter einen gesetzlichen Anspruch auf einen Bezug; auch aus Gründen der Sparsamkeit ist daher eine reifliche Überlegung geboten, ob in Gemeinden mit mehr als 1.000 und höchstens 5.000 Einwohnern zur Erfüllung der Aufgaben des Gemeindevorstandes wirklich ein zweiter Bürgermeister-Stellvertreter erforderlich ist (vgl. § 23 Abs. 3 TGO 2001).

Die Zahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes darf nicht mehr als ein Viertel der Mitglieder des Gemeinderates betragen.

Zur Sicherstellung der Beschlussfähigkeit des Gemeindevorstandes auch in Fällen der Befangenheit und

der entschuldigenden Abwesenheit von Mitgliedern ist es empfehlenswert, Ersatzmitglieder vorzusehen. Ein Ersatzmitglied wird immer für ein bestimmtes Mitglied bestellt, welches es im Falle der Befangenheit und der entschuldigenden Abwesenheit zu vertreten hat (z. B. für den Bürgermeister A das Ersatzmitglied M, für den Bürgermeister-Stellvertreter B das Ersatzmitglied N, für das an Lebensjahren ältere weitere stimmberechtigte Mitglied C das Ersatzmitglied O und für das an Lebensjahren jüngere weitere stimmberechtigte Mitglied D das Ersatzmitglied P, alle Ersatzmitglieder jeweils mit den Rechten eines weiteren stimmberechtigten Mitgliedes, vgl. § 23 Abs. 5 TGO 2001).

Zur Vertretung der Gemeinderatsparteien im Gemeindevorstand nach Maßgabe der verhältnismäßigen Stärke

Die Gemeinderatsparteien haben nach Maßgabe ihrer Stärke Anspruch auf Vertretung im Gemeindevorstand. Die verhältnismäßige Stärke ist nach der im § 74 Abs. 2 und 3 TGWO 1994, im Falle von Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, nach der im § 74 Abs. 4 in Verbindung mit Abs. 2 und 3 TGWO 1994 beschriebenen Methode zu ermitteln.

Die Anzahl der Mandate jeder einzelnen Gemeinderatspartei ist, beginnend mit der größten Zahl, nebeneinander zu schreiben. Darunter sind die Hälfte, das Drittel, das Viertel und nach Bedarf die weiteren Bruchteile zu schreiben. Dezimalzahlen sind zu berücksichtigen. Die so gewonnenen Zahlen sind ihrer Größe nach zu ordnen, wobei mit der größten Zahl zu beginnen ist. Die verhältnismäßige Stärke der Gemeinderatsparteien richtet sich nach der Reihenfolge, in der die geordneten Zahlen auf die einzelnen Gemeinderatsparteien entfallen.

Haben zwei oder mehrere Gemeinderatsparteien denselben Anspruch auf eine Stelle im Gemeindevorstand, so fällt die Stelle jener dieser Gemeinderatsparteien zu, die bei der Wahl des Gemeinderates die größere Listensumme erreicht hat bzw. auf die die größere Anzahl von Teilstimmen entfallen ist. Bei gleicher Listensumme oder Anzahl an Teilstimmen entscheidet das von dem an Jahren jüngsten Mitglied des Gemeinderates zu ziehende Los.

Bei der Ermittlung der verhältnismäßigen Stärke sind Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, zunächst als eine Gemeinderatspartei zu behandeln. Für die sodann durchzuführende Verteilung der auf sie entfallenden Vor-

standsstellen auf die einzelnen Wählergruppen gekoppelter Wahlvorschläge ist entsprechend den vorher wiedergegebenen Absätzen vorzugehen.

Beispiel (ohne Koppelung):

Gemeinderatsparteien	A	B	C	D
Mandate	5	4	2	2
Listensumme	456	361	235	215
1/2	2,5	2		
Teilstimmen 1/2	228	180,5		
1/3	1,6			
Teilstimmen 1/3	152			

Bei 5 Vorstandsstellen entfallen auf A 2, auf B 1, auf C 1 und auf D 1.

Beispiel (mit Koppelung):

Gemeinderatsparteien	B+C	A	D
Mandate	6	5	2
Listensumme	596	456	215
1/2	3	2,5	
Teilstimmen 1/2	298	228	
1/3	2	1,6	
Teilstimmen 1/3	198,6	152	

Bei 5 Vorstandsstellen entfallen auf A 2, auf B+C 2 und auf D 1.

Verteilung der 2 Vorstandsstellen innerhalb der gekoppelten Wahlvorschläge:

Gemeinderatsparteien	B	C
Mandate	4	2
Listensumme	361	235
1/2	2	
Teilstimmen 1/2	180,5	

Von den 2 gemeinsamen Vorstandsstellen entfallen auf B 1 und auf C 1.

**Zur Wahl des Bürgermeister-Stellvertreters
(der Bürgermeister-Stellvertreter)**

Die Wahl des Bürgermeister-Stellvertreters (der Bürgermeister-Stellvertreter) regelt § 78 TGWO 1994.

Ist **ein Bürgermeister-Stellvertreter** zu wählen, so ist jede Gemeinderatspartei, die – nach Anrechnung des Bürgermeisters – Anspruch auf mindestens eine Stelle im Gemeindevorstand hat, berechtigt, eines ihrer Mitglieder vorzuschlagen. Der schriftliche Vorschlag ist nach Aufruf des betreffenden Tagesordnungspunktes vorzulegen. Er muss von der Mehrheit der Mitglieder der vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei unterschrieben sein. Gemeinderatsparteien, die aus gekop-

pelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, gelten dabei nicht als eine Gemeinderatspartei, können somit selbstständig Vorschläge vorlegen. Die Wahl ist mit Stimmzetteln durchzuführen. Der Bürgermeister-Stellvertreter ist mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu wählen (z. B. A erhält 8 Stimmen, B erhält 4 Stimmen, C erhält 3 Stimmen, A ist mit einfacher Mehrheit gewählt). Kommt im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht zustande, so gilt als gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt (z. B. A erhält 6 Stimmen, B erhält 5 Stimmen, C erhält 4 Stimmen, A ist mit den meisten Stimmen gewählt). Bei Stimmgleichheit gilt jenes Mitglied des Gemeinderates als gewählt, das der Gemeinderatspartei angehört, die bei der Wahl des Gemeinderates die größere Anzahl an Stimmen erreicht hat; ist auch diese Anzahl an Stimmen gleich groß, so entscheidet das vom jüngsten Mitglied des Gemeinderates zu ziehende Los.

Sind **zwei Bürgermeister-Stellvertreter** zu wählen, so ist jede Gemeinderatspartei, die – nach Anrechnung des Bürgermeisters – Anspruch auf mindestens eine Stelle im Gemeindevorstand hat, berechtigt, eines ihrer Mitglieder, die – nach Anrechnung des Bürgermeisters – Anspruch auf mindestens zwei Stellen im Gemeindevorstand hat, zwei ihrer Mitglieder vorzuschlagen. Der schriftliche Vorschlag ist nach Aufruf des betreffenden Tagesordnungspunktes vorzulegen. Er muss von der Mehrheit der Mitglieder der vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei unterschrieben sein. Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, gelten nicht als eine Gemeinderatspartei, können somit selbstständig Vorschläge vorlegen. Die Wahl ist mit Stimmzetteln durchzuführen. Die Wahl ist in einem Wahlgang durchzuführen. Zum ersten Bürgermeister-Stellvertreter ist gewählt, wer die meisten Stimmen, zum zweiten Bürgermeister-Stellvertreter, wer die zweithöchste Anzahl von Stimmen erreicht. Erhalten zwei oder mehrere Mitglieder des Gemeinderates die meisten Stimmen, so gilt jenes von ihnen als zum ersten Bürgermeister-Stellvertreter gewählt, das der Gemeinderatspartei angehört, die bei der Wahl des Gemeinderates die größere Anzahl von Stimmen erreicht hat, und jenes von ihnen als zum zweiten Bürgermeister-Stellvertreter gewählt, das der Gemeinderatspartei angehört, die bei der Wahl des Gemeinderates die nächstniedrigere Anzahl von Stimmen erreicht hat; ist auch diese Anzahl an Stimmen gleich groß, so entscheidet das vom jüngsten Mitglied des Gemeinderates

zu ziehende Los. Erhalten zwei oder mehrere Mitglieder des Gemeinderates die zweithöchste Anzahl von Stimmen, so gilt jenes von ihnen als zum zweiten Bürgermeister-Stellvertreter gewählt, das der Gemeinderatspartei angehört, die bei der Wahl des Gemeinderates die größere Anzahl von Stimmen erreicht hat; ist auch diese Anzahl an Stimmen gleich groß, so entscheidet das vom jüngsten Mitglied des Gemeinderates zu ziehende Los.

Hat nur eine einzige Gemeinderatspartei Anspruch auf Vertretung im Gemeindevorstand, so erfolgt die Wahl des Bürgermeister-Stellvertreters (der Bürgermeister-Stellvertreter) wie die Wahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes.

Zur Wahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes

Die Wahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes regelt § 79 TGWO 1994.

Jede Gemeinderatspartei, die – nach Anrechnung des Bürgermeisters und des Bürgermeister-Stellvertreters bzw. der Bürgermeister-Stellvertreter – Anspruch auf weitere Stellen im Gemeindevorstand hat, hat das Recht, zur Besetzung dieser Stellen ihr angehörende Mitglieder namhaft zu machen. Die schriftliche Namhaftmachung ist nach Aufruf des betreffenden Tagesordnungspunktes vorzulegen. Sie muss von der Mehrheit der Mitglieder der vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei unterschrieben sein. Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, gelten dabei nicht als eine Gemeinderatspartei, können somit selbstständig Vorschläge vorlegen. Eine Abstimmung über die von einer vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei namhaft gemachten Mitglieder findet nicht statt. § 79 Abs. 2 TGWO 1994 trifft eine Regelung für den Fall, dass eine Namhaftmachung unterblieben ist.

Zur Wahl der Ersatzmitglieder der stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes

Jede Gemeinderatspartei, die Anspruch auf Stellen im Gemeindevorstand hat, hat das Recht, ihr angehörende Mitglieder als Ersatzmitglieder namhaft zu machen. Die schriftliche Namhaftmachung ist nach Aufruf des betreffenden Tagesordnungspunktes vorzulegen. Sie muss von der Mehrheit der Mitglieder der vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei unterschrieben sein. Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlä-

gen hervorgegangen sind, gelten dabei nicht als eine Gemeinderatspartei, können somit selbstständig Vorschläge vorlegen.

Da der Gemeindevorstand ebenso wie für wirtschaftliche Unternehmen und Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit eingerichtete gemeinderätliche Ausschüsse Organe sind, die für die Gemeinde verbindliche hoheitliche und privatwirtschaftliche Entscheidungen treffen, ist auf eine gesetzeskonforme Zusammensetzung besonderer Wert zu legen.

Wahl der gemeinderätlichen Ausschüsse und Bestimmung der in andere Organe zu entsendenden Vertreter der Gemeinde

Wenn zwei Drittel der Mitglieder des Gemeinderates damit einverstanden sind, kann die gesetzlich vorgegebene Tagesordnung um die Wahl der gemeinderätlichen Ausschüsse und oder die Bestimmung der in andere Organe zu entsendenden Vertreter der Gemeinde ergänzt werden (vgl. § 35 Abs. 3 TGO 2001).

Dazu einige grundsätzliche Bemerkungen:

Welche gemeinderätlichen Ausschüsse eingerichtet werden, welche Anzahl von Mitgliedern vorgesehen wird und welche Aufgaben übertragen werden, legt der Gemeinderat mit einfacher Mehrheit fest; ständige Ausschüsse bestehen über die gesamte sechsjährige Funktionsperiode, nicht ständige Ausschüsse bestehen für die für die Erfüllung der übertragenen Aufgabe erforderliche Funktionsperiode. Zwingend ist nur der Prüfungsausschuss vorgesehen.

Nach § 83 Abs. 1 und 2 TGWO 1994 findet der Grundsatz der Verhältniswahl bei der Besetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse und des Prüfungsausschusses und bei der Bestimmung der vom Gemeinderat in andere Organe zu entsendenden Vertreter der Gemeinde sinngemäß Anwendung. Der Grundsatz der Verhältniswahl gilt somit immer dann, wenn Ausschüsse, die immer mindestens drei Mitglieder haben müssen, zu besetzen oder eine Mehrzahl von in andere Organe zu entsendende Vertreter der Gemeinde zu bestimmen sind. Jeder Ausschuss und jedes Organ sind dabei bei der Berechnung der Verhältnismäßigkeit für sich zu betrachten. Abs. 3 nimmt die Entsendung von Vertretern der Gemeinde in die Verbandsversammlung von Gemeindeverbänden vom Grundsatz der Verhältniswahl ausdrücklich aus.

Es wird immer wieder beobachtet, dass Gemeinderatsparteien nach § 83 Abs. 1 und 2 TGWO 1994 nicht nur eigene Mitglieder sondern auch Mitglieder aus klei-

neren Gemeinderatsparteien namhaft machen; die Aufsichtsbehörde ist dem in der Vergangenheit nicht entgegen getreten. In Erinnerung muss allerdings gerufen werden, dass immer nur Mitglieder des Gemeinderates namhaft gemacht werden können.

Auf die Möglichkeit, namentlich in gesellschaftspolitisch bedeutsame gemeinderätliche Ausschüsse auch Personen als Mitglieder (Ersatzmitglieder) mit beratender Stimme zu wählen, die über besondere Sachkenntnisse im betreffenden Verwaltungsbereich verfügen oder die den betroffenen Bevölkerungsgruppen angehören, wie insbesondere Jugendliche, Frauen, Senioren, Behinderte, Gastarbeiter u. dgl., wird einmal mehr aufmerksam gemacht (vgl. § 24 Abs. 3 TGO 2001).

Die Konstituierung der gemeinderätlichen Ausschüsse und die Wahl des Obmannes (Obmann-Stellvertreters) ist gemeinderechtlich geregelt (s. § 24 Abs. 4 TGO 2001).

Weitere Informationen

Zu allen Fragen betreffend die konstituierende Sitzung des Gemeinderates wird auf den Kommentar zur Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 von Dr. Helmut Ludwig, erhältlich beim Tiroler Gemeindeverband, verwiesen. Der Kommentar enthält u. a. das Muster einer Niederschrift der Gemeindevorstandswahl.

Für weitere Informationen steht auch die Abteilung Gemeindeangelegenheiten des Amtes der Tiroler Landesregierung zur Verfügung.

14.

Entsorgung von organischen Abfällen über die Kanalisation

Die Abteilung Umweltschutz hatte sich einmal mehr mit der Frage der Entsorgung von organischen Abfällen über die Kanalisation auseinandersetzen. Konkret ging es um die Behandlung von organischen/biogenen Abfällen (Küchenabfälle) durch Zerkleinerung und Entziehung der dabei entstehenden Flüssigkeit. Diese Flüssigkeit sollte dann in die Kanalisation eingebracht werden.

Ausgehend von der Definition des Begriffes „Abwasser“ der Indirekteinleitungsverordnung (IEV), BGBl. II Nr. 222/1998, sowie der Allgemeinen Abwasseremissionsverordnung (AAEV), BGBl. Nr. 186/1996, ist die den organischen Abfällen entzogene Flüssigkeit **nicht** als Abwasser zu qualifizieren. Bei Abwasser handelt es sich nach den Definitionen der IEV sowie der AAEV um **Wasser, das aufgrund verschiedener Prozesse in seiner Beschaffenheit verändert wurde. Flüssigkeiten, die beim Zerkleinern und Verpressen von organischen Abfällen anfallen, sind kein Wasser, das im Zuge einer Aufbereitungstätigkeit in seiner Beschaffenheit verändert wird, sondern Abfall.** Die Einleitung dieses **flüssigen** Abfalls in die Kanalisation oder ein Gewässer ist **nicht zulässig**.

Ergänzend zum Schreiben vom 27. November 2003, Zahl U-3431a/116, abgedruckt im Merkblatt für die

Gemeinden Tirols, Jänner 2004, lfd. Nr. 3, ist schließlich die weitere technische Möglichkeit in Betracht zu ziehen, die bei der Zerkleinerung der organischen/biogenen Abfälle (Küchenabfälle) anfallende Flüssigkeit nochmals einer biologischen Behandlung zu unterziehen, wodurch in weiterer Folge aus dem flüssigen Abfall ein Abwasser entsteht, das in die Kanalisation eingeleitet werden kann.

Eine Abfallbehandlung, die auch die bei der Zerkleinerung der organischen/biogenen Abfälle entstehende Flüssigkeit erfasst, kann als sonstiges biologisches Umwandlungsverfahren und damit als Verwertung im Sinne des Anhanges 2 Teil 1 zum Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002, qualifiziert werden. Die bei einer solchen umfassenden Abfallbehandlung – sie bezieht auch die bei der Zerkleinerung entstehenden Flüssigkeiten ein – entstehende wässrige Substanz ist als Abwasser im Sinne des § 1 Abs. 3 Z. 2 IEV zu qualifizieren. Eine Einleitung in die Kanalisation ist dann bei Einhaltung der vorgegebenen Grenzwerte nach den einschlägigen wasserrechtlichen Bestimmungen zulässig.

15.

Verbot des Verbrennens von biogenen Materialien außerhalb von Anlagen

1. Einleitung

Zur Feststellung ob und in welchem Rahmen das Verbrennen von biogenen Materialien verboten ist, ist eine Vielzahl von Materiengesetzen heranzuziehen, daraus resultieren immer wieder Unklarheiten und es ergeben sich Unterschiede in der Vollzugspraxis. Insbesondere beim punktuellen Verbrennen von Baum- und Strauchschnitt im Almbereich besteht nach wie vor landläufig die Meinung dies sei unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt.

2. Gesetz über das Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, BGBl. 405/1993:

Im § 1 dieses Gesetzes sind biogene Materialien als Materialien pflanzlicher Herkunft, insbesondere Stroh, Holz, Rebholz, Schilf, Baumschnitt, Grasschnitt und Laub definiert.

Das punktuelle Verbrennen von biogenen Materialien ist grundsätzlich gemäß § 4 Abs. 1 leg.cit. im Zeitraum zwischen **16. September und 30. April eines jeden Jahres zulässig**.

Gänzlich verboten ist jedoch das punktuelle Verbrennen biogener Materialien aus dem Hausgartenbereich und aus dem landwirtschaftlich nicht intensiv genutzten Haus- und Hofbereich außerhalb von Anlagen (§ 4 Abs. 2 leg.cit.).

Von diesem Verbot ausgenommen ist das punktuelle Verbrennen von kleinen Mengen biogener Materialien aus dem genutzten Haus- und Hofbereich, wenn diese nicht der Verordnung über die getrennte Sammlung biogener Abfälle unterliegen (§ 5 Abs. 2 leg.cit.).

Als „kleine Menge“ ist dabei eine Menge von etwa 1 m³ zu verstehen, naturgemäß widerspricht es diesen Bestimmungen, wenn eine größere Menge biogener Materials auf mehrere kleinere Haufen aufgeteilt und diese getrennt verbrannt werden.

Wenn nunmehr bei Durchforstung von entlegenen (z. B. im Almbereich) bestockten Grundstücken nach der Fällung von Bäumen kleine Äste und Zweige verbleiben, deren mechanische Entfernung aufgrund des oft unwegsamen Geländes nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich ist, und diese verbrannt werden sollen, dann kann entsprechend der angeführten Bestimmungen diese Verbrennung vorgenommen werden.

3. Abfallwirtschaftsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 102/2002

Nach § 2 Abs. 1 und Abs. 3 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002) sind biogene Materialien im Sinne dieser Darstellung bewegliche Sachen, deren sich der Besitzer entledigen will und damit grundsätzlich Abfälle.

Eine geordnete Sammlung, Lagerung, Beförderung und Behandlung ist bei organisch kompostierbarem Material dann nicht im öffentlichen Interesse erforderlich (§ 2 Abs. 3 AWG 2002), wenn dieses Material im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes anfällt und im unmittelbaren Bereich eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes einer **zulässigen Verwendung** zugeführt wird.

Im gegenständlichen Fall ist davon auszugehen, dass das feine Astwerk, das im Zuge von Durchforstungen in abgelegenen Bereichen als Restmaterial anfällt, jedenfalls einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb zuzurechnen ist.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass eine Verbrennung von derartigen Materialien keine zulässige Verwendung darstellt. Unter Einbeziehung der luftreinhalterechtlichen Bestimmungen (s. o.) kann jedoch davon ausgegangen werden, dass der Gesetzgeber das Verbrennen von biogenen Materialien unter sehr engen Voraussetzungen als zulässig erklären wollte.

In dem vom Gesetzgeber in den luftreinhalterechtlichen Bestimmungen vorgegebenem Rahmen, ist daher das Verbrennen von biogenen Materialien als zulässige Verwendung im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes gemäß § 2 Abs. 3 AWG anzusehen.

Bundesluftreinhaltegesetz, BGBl. I 137/2002:

Im gegenständlichen Fall ist nur die allgemeine Bestimmung dieses Gesetzes anzuwenden, da gemäß § 3 Abs. 1 das Bundesluftreinhaltegesetzes auf das Bundesgesetz über das Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen verweist und dieses Gesetz auf den vorliegenden Sachverhalt primär anzuwenden ist.

Die allgemeine Verpflichtung zur Reinhaltung der Luft in § 2 Bundesluftreinhaltegesetz trifft jedoch jedermann. Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind unter anderem Immissionen von Luftschadstoffen, die bei **ordnungsgemäßer landwirtschaftlicher Bewirtschaftung** entstehen.

4. Zusammenfassung:

Aus der Betrachtung aller angeführten Bestimmungen ergibt sich, dass von der Zulässigkeit der punktuellen Verbrennung von Astwerk in entlegenen und unwegsamen Gebieten nur dann auszugehen ist, wenn

1. diese im Zeitraum zwischen 16. September und 1. April eines jeden Jahres erfolgt,

2. Mengen von 1 m³ nicht überschritten werden und

3. die Entsorgung (Kompostierung) dieser Materialien aufgrund der Abgelegenheit des Gebietes (Unerreichbarkeit mit Fahrzeugen) nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand zu besorgen wäre.

Abteilung Umweltschutz, Zahl U-551 vom 16. Jänner 2004

16.

Abgrenzung Deponierung – landwirtschaftliche Rekultivierung im Lichte des Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes vom 6. November 2003, Zl. 2000/07/0095-5

1. Wesentliche Aussagen des Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes vom 6. November 2003, Zl. 2000/07/0095-5:

1.1 Sachverhalt:

Die Agrargemeinschaft Götzis ist Eigentümerin mehrerer näher bezeichneter landwirtschaftlicher Grundstücke, die aufgrund ihrer natürlichen Beschaffenheit derzeit landwirtschaftlich nicht genutzt werden können. Zur Nutzbarmachung war beabsichtigt, auf den hangseitigen Grundstücken im Schattenbereich einer näher bezeichneten Felswand Erdreich aufzubringen, wodurch die Oberfläche über das Niveau der ganzjährig stehenden Vernässung gehoben würde. Die Maßnahmen sollten eine Fläche von ca. 130.000 m² betreffen, das Gesamtaufschüttungsvolumen belief sich auf ca. 800.000 m³, wobei die hangnahe maximale Schüttung am Felswandanschluss ca. 25 m über dem ursprünglichen Gelände gelegen wäre. Das von der Agrargemeinschaft Götzis beauftragte Unternehmen hätte dafür Sorge zu tragen gehabt, dass ausschließlich Erdmaterial verwendet wird, das die landwirtschaftliche Nutzbarmachung gewährleistet.

In einem Feststellungsverfahren nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G 2000), hat die Vorarlberger Landesregierung bescheidmäßig festgehalten, dass für das gegenständliche Vorhaben, nämlich das Ablagern von Aushubmaterial auf drei näher bezeichneten Grundstücken, eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach diesem Bundesgesetz durchzuführen ist. Die Erstbehörde hat dieses Vorhaben als Deponie qualifiziert.

Der Umweltsenat hat die gegen den Bescheid der Vorarlberger Landesregierung erhobene Berufung mit Bescheid vom 29. Juni 2000, Zl. US 1/2000/8-7, als unbegründet abgewiesen. Auch der Umweltsenat hat die-

ses Vorhaben als Deponie qualifiziert. Ausdrücklich hat er angeführt, dass dem Antrag selbst, insbesondere dem dort angeführten Größenvolumen und dem Zusammenhang mit der bereits bestehenden Deponie einer näher bezeichneten Firma ergäbe sich, dass primäres Ziel keinesfalls die Schaffung landwirtschaftlicher Flächen, sondern die Deponierung von Aushubmaterial udgl. sei.

1.2 Rechtliche Ausführungen:

Der Verwaltungsgerichtshof hatte das Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990 in der Fassung vor In-Kraft-Treten der Novelle BGBl. I Nr. 90/2000 anzuwenden.

Zunächst verweist der Verwaltungsgerichtshof auf die Definition der Deponie im Sinne des § 2 Abs. 11 AWG, wonach darunter eine Anlage zu verstehen ist, die zur langfristigen Ablagerung von Abfällen errichtet bzw. verwendet wird.

Ausgehend von dieser Definition hält der Verwaltungsgerichtshof fest, dass nach dem AWG die bloße Ablagerung von Abfällen für sich allein noch nicht den Begriff „Deponie“ bzw. „Deponieanlage“ erfüllt. Der Gesetzgeber unterscheidet somit im AWG zwischen dem Ablagern auf einer Deponie und dem sonstigen Ablagern. Mit der Auffassung, bereits die bloße Ablagerung von Abfällen für sich erfülle den Begriff der „Deponie“ hat die belangte Behörde die Rechtslage verkannt. Sie hat es daher verabsäumt darüber Feststellungen zu treffen, ob das Aushubmaterial projektsgemäß auf einer bereits vorhandenen Anlage im Sinne des § 2 Abs. 11 AWG aufgeschüttet werden soll oder für diese Aufschüttung eine Anlage errichtet werden soll bzw. ob und welche Vorkehrungen projektsgemäß von der Agrargemeinschaft Götzis durchzuführen sind, die über die bloße Ablagerung von Aushubmaterial hinausgehen.

2. AWG 2002:

2.1 Einleitung:

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass seit 2. November 2002 das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002 anzuwenden ist.

2.2 Abfallbehandlung:

Gemäß § 2 Abs. 5 Z. 1 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002, umfasst „Abfallbehandlung“ die im Anhang 2 genannten Verwertungs- und Beseitigungsverfahren. Die Abgrenzung zwischen Verwertung und Beseitigung ist in einer Gesamtabwägung zu beurteilen, bei denen die Kriterien ökologische Zweckmäßigkeit, Schonung von Ressourcen, Eignung der Abfallart, Gefahrenminimierung, ökonomische Zweckmäßigkeit und Art der Behandlungsanlage zu berücksichtigen sind.

Im Anhang 2 Z. 1 (Verwertungsverfahren) wird unter R10 ausdrücklich angeführt:

„Aufbringung auf den Boden zum Nutzen der Landwirtschaft oder der Ökologie“

Die Begriffe „stoffliche Verwertung“, „Behandlungsanlagen“ und „Deponien“ werden im § 2 Abs. 5 Z. 2 bzw. § 2 Abs. 7 Z. 1 und 4 AWG 2002 definiert.

Die Errichtung, der Betrieb und die wesentliche Änderung von ortsfesten Behandlungsanlagen bedarf grundsätzlich der Genehmigung der Abfallbehörde gemäß § 37 Abs. 1 AWG 2002.

Allerdings sind Behandlungsanlagen zur ausschließlichen stofflichen Verwertung von nicht gefährlichen Abfällen von der Genehmigungspflicht des § 37 Abs. 1 AWG 2002 ausgenommen. Dies gilt allerdings nur, wenn sie der Genehmigungspflicht gemäß den §§ 74 ff Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994), BGBl. Nr. 194/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/2002, unterliegen.

Eine Zusammenschau der angeführten Bestimmungen des AWG 2002 zeigt, dass Abfallbehandlungsanlagen behördlich zu genehmigen sind. Dies gilt auch dann, wenn die Abfallbehandlung als stoffliche Verwertung zu qualifizieren ist.

Entscheidend ist daher nicht, ob eine Schüttmaßnahme als Beseitigung oder stoffliche Verwertung zu qualifizieren ist, sondern ob der „Anlagenbegriff“ erfüllt ist.

Im Sinne der Ausführungen des Verwaltungsgesichtshoferkennnisses ist daher in solchen Fällen zu prüfen, welche Vorkehrungen **abgesehen vom bloßen Schüttvorgang** getroffen werden müssen. Sind Vorkehrungen notwendig (Abziehen des Humus, Errichtung von Abgrenzungen etc.), ist jedenfalls von einer Anlage auszugehen.

3. Zusammenfassung:

Entsprechend den Ausführungen im Schreiben vom 5. Februar 2003, Zl. U-3000a/158, abgedruckt im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, April 2003, lfd. Nr. 21, ist eine „Anlage“ von bloßen Schüttmaßnahmen abzugrenzen. Neben den bereits im Erlass genannten Kriterien (Dauer der Maßnahmen, betroffene Fläche, Menge gemäß Kapitel 3.19 „Rekultivierungs- und Verfüllungsmaßnahmen“ im Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2001, Teilband: Leitlinien zur Abfallverbringung und Behandlungsgrundsätze“) ist im Lichte des VwGH-Erkenntnisses vom 6. November 2003, Zl. 2000/07/0095-5, insbesondere zu prüfen, ob vor bzw. nach den Schüttmaßnahmen weitere Vorkehrungen notwendig sind.

Solche Vorkehrungen sind insbesondere das Anlegen von Zufahrtsstraßen, das Abziehen des Humus, Vorbereitungshandlungen, um die Schüttung überhaupt möglich zu machen, Abgrenzungen zum Schutz von angrenzenden Grundstücken, etc.

Abteilung Umweltschutz, Zahl U-3000a/193 vom 3. Februar 2004

17.

Aktuelle Fragen zum Bioabfallrecht

Kann die öffentliche Bioabfallsammlung aufgrund der EU-Hygieneverordnung weitergeführt werden bzw. eignen sich die Tiroler Biogas- und Kompostieranlagen für eine Verarbeitung?

Am 10. Oktober 2002 wurde die Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte **tierische Nebenprodukte** (im Folgenden kurz HygieneVO) **im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht**.

Die Verordnung ist am 20. Tag nach der Veröffentlichung, somit am 30. Oktober 2002, in Kraft getreten. Abgesehen von wenigen Bestimmungen wurde diese Verordnung innerhalb von sechs Monaten nach Inkraft-Treten für anwendbar erklärt. Die Anwendbarkeit ist somit seit 30. April 2003 gegeben.

Zunächst ist ausdrücklich festzuhalten, dass diese Verordnung nur für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte **tierische Nebenprodukte** gilt. Die HygieneVO ist daher auf biogene Materialien (Abfälle), die nicht als tierische Nebenprodukte zu qualifizieren sind, **nicht** anzuwenden (pflanzliche Nahrungsmittel, Brot etc.).

Die HygieneVO unterscheidet in den Artikeln 4, 5 und 6 zwischen Materialien der Kategorien 1, 2 und 3.

Küchen- und Speiseabfälle, ausgenommen Küchen- und Speiseabfälle von Beförderungsmitteln im grenzüberschreitenden Verkehr, zählen zu den Materialien der Kategorie 3.

Unter Küchen- und Speiseabfällen versteht Zif. 15 des Anhangs 1 der HygieneVO alle aus Restaurants, Catering-Einrichtungen und Küchen, einschließlich Groß- und Haushaltsküchen, stammenden Speisereste (einschließlich des gebrauchten Speiseöls).

Gemäß Artikel 6 Abs. 2 lit. g HygieneVO ist die Verarbeitung von Küchen- und Speiseabfällen der Kategorie 3 in einer Biogasanlage sowie die Kompostierung solcher Materialien **zulässig**. Aus Artikel 6 Abs. 2 lit. g HygieneVO geht weiters hervor, dass für die Kompostierung und Vergärung von **Küchen- und Speiseabfällen der Kategorie 3** weiterhin die innerstaatlichen (österreichischen) Vorschriften anzuwenden sind. Dies gilt bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Europäische Kommission entsprechende Regelungen erlassen hat.

Seitens der Abt. Umweltschutz wird es allerdings aus technischer Sicht als zielführend und sinnvoll angesehen

den, bestehende Biogas- und Kompostieranlagen dahingehend zu überprüfen, ob sie den Anforderungen der HygieneVO (vgl. insbesondere die Bestimmungen des Anhangs VI Kapitel 2) entsprechen.

Bei Kompostier- und Biogasanlagen handelt es sich um Betriebe gemäß Artikel 15 HygieneVO. Solche Betriebe bedürfen aufgrund des Tiermaterialengesetzes (TMG), BGBl. I Nr. 141/2003, der Zulassung durch die Bezirksverwaltungsbehörde. Ein entsprechender Zulassungsantrag ist bei der Bezirksverwaltungsbehörde einzubringen.

Für im Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des TMG bestehende Betriebe enthält § 3 Abs. 4 TMG eine Übergangsbestimmung. Wurde die Anzeige bis 30. Jänner 2004 erstattet, gilt dieser Betrieb vorläufig als zugelassen.

Zusammenfassung:

Die derzeit im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr gehandhabte getrennte Sammlung von biogenen Abfällen kann daher weiter durchgeführt werden. Die Verarbeitung dieser Materialien in einer Biogasanlage bzw. die Kompostierung in einer Kompostieranlage unterliegt weiter innerstaatlichen Vorschriften bis zur Erlassung entsprechender Vorschriften durch die EU-Kommission.

Aus fachlicher Sicht ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die HygieneVO nunmehr den Stand der Technik für Biogas- und Kompostieranlagen vorgibt.

Betreiber von Biogas- und Kompostieranlagen bedürfen einer Zulassung nach dem TMG.

Ist die Saufrankverfütterung weiterhin gesetzeskonform?

Falls es ein Fütterungsverbot gibt, gilt dies für alle biogenen Abfälle?

Zur HygieneVO ergingen eine Reihe ergänzender Übergangs- und Durchführungsbestimmungen. Im Hinblick auf die Fragestellung sind die Übergangsbestimmungen für bestehenden Betriebe/Anlagen betreffend Trankverfütterung (Dokument 15 42-R4) von entscheidender Bedeutung. Daraus ergibt sich im Wesentlichen folgende Regelung:

Eine Verfütterung von Küchen- und Speiseabfällen ist bis einschließlich 30. April 2004 zulässig, wenn die Abkochung dieser Materialien am Standort der Verfütte-

rung durchgeführt wird. Wird die Abkochung an einem anderen Standort durchgeführt, ist die Verfütterung noch bis 31. Oktober 2006 zulässig.

Wie bereits zur ersten Frage dargelegt, erfasst die HygieneVO nur tierische Nebenprodukte. Küchen- und Speiseabfälle, die nicht zu den tierischen Nebenprodukten zu zählen sind, werden folglich auch nicht vom Verfütterungsverbot erfasst.

Müssen Küchen- und Kantinenabfälle aus der Gastronomie privaten Abfallsammlern übergeben werden bzw. in welcher Form müssen solche Abfälle vorliegen, damit sie nicht privaten Abfallentsorgern übergeben werden müssen?

Gemäß § 2 Abs. 1 Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz (TAWG), LGBl. Nr. 50/1990, zählen zum Hausmüll alle nicht gefährlichen Siedlungsabfälle im Sinne des § 2 Abs. 4 Z. 2 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002.

Siedlungsabfälle im Sinne der zitierten Bestimmung des AWG 2002 sind Abfälle aus privaten Haushalten und andere Abfälle, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung den Abfällen aus privaten Haushalten ähnlich sind.

Gemäß § 2 Abs. 3 TAWG sind betriebliche Abfälle alle diesem Gesetz unterliegenden Abfälle **mit Ausnahme des Hausmülls**. Die Abholung und ordnungsgemäße Behandlung des Hausmülls ist Aufgabe der öffentlichen Müllabfuhr gemäß § 14 Abs. 2 TAWG. Grundsätzlich hat die jeweilige Gemeinde gemäß § 14 Abs. 1 TAWG eine öffentliche Müllabfuhr einzurichten. Sie kann sich dabei auch eines privaten Unternehmens oder der öffentlichen Müllabfuhr einer anderen Gemeinde bedienen oder mit anderen Gemeinden einen Gemeindeverband bilden.

Die Sammlung und Abfuhr betrieblicher Abfälle regelt § 12 TAWG. Jene betrieblichen Abfälle, die zum Zweck ihrer Verwertung oder ihrer gesonderten Behandlung oder Ablagerung getrennt zu sammeln sind, haben die Erzeuger dieser Abfälle getrennt zu sammeln und einer entsprechenden Verwertung zuzuführen.

Im Hinblick auf biogene Abfälle (Küchen- und Speiseabfälle) ist daher abzuklären, unter welchen Voraussetzungen sie dem Hausmüll oder dem betrieblichen Abfall zuzuordnen sind. Die Unterscheidung zwischen diesen Abfallfraktionen ergibt sich aus der **jeweiligen Konsistenz**. Biogene Abfälle in flüssiger Form („Sautrank“) sind dem betrieblichen Abfall zuzurechnen. Biogene Abfälle in weitgehend trockener Form zählen zum Hausmüll. Letztere sind zwingend über die

öffentliche Müllabfuhr zu entsorgen, für die Abholung und Entsorgung von Sautrank können sich die jeweiligen Erzeuger auch privater Entsorger bedienen.

Ausdrücklich darauf hinzuweisen ist, dass private Sammler und/oder Behandler von nicht gefährlichen Abfällen gemäß § 24 AWG 2002 eine **Anzeige** an den Landeshauptmann von Tirol zu richten haben. Jene Abfallsammler und/oder Behandler, die bereits vor Inkraft-Treten des AWG 2002 am 2. November 2002 über eine entsprechende gewerbebehördliche Genehmigung verfügt haben, sind von dieser Anzeigepflicht befreit.

Ist der Einsatz von Zerkleinerungsgeräten/Pressen/Zentrifugen für den Bioabfall erlaubt, sowie die anschließende Entsorgung über den Kanal zulässig?

Zunächst ist auf jene Geräte einzugehen, die lediglich eine Zerkleinerung von biogenen/organischen Abfällen bewirken. Die bei diesem Vorgang entstehende Flüssigkeit wird in weiterer Folge in die Kanalisation eingebracht. Dazu ist Folgendes festzuhalten:

Ausgehend von der Definition des Begriffes „Abwasser“ der Indirekteinleitungsverordnung (IEV), BGBl. II Nr. 222/1998, sowie der Allgemeinen Abwasseremissionsverordnung (AAEV), BGBl. Nr. 186/1996, ist die den organischen Abfällen entzogene Flüssigkeit **nicht** als Abwasser zu qualifizieren. Bei Abwasser handelt es sich nach den Definitionen der IEV sowie der AAEV **um Wasser, dass aufgrund verschiedener Prozesse in seiner Beschaffenheit verändert wurde. Flüssigkeiten, die beim Zerkleinern und Verpressen von organischen Abfällen, sind nicht als Wasser zu qualifizieren, da sie im Zuge einer Aufbereitungstätigkeit in seiner Beschaffenheit verändert wird, sondern als Abfall**. Die Einleitung dieses **flüssigen** Abfalls in die Kanalisation oder ein Gewässer ist **nicht** zulässig.

Anders zu beurteilen sind technische Möglichkeiten, die die bei der Zerkleinerung der organischen/biogenen Abfälle (Küchenabfälle) anfallende Flüssigkeit nochmals einer biologischen Behandlung unterziehen.

Eine Abfallbehandlung, die auch die bei der Zerkleinerung der organischen/biogenen Abfälle entstehende Flüssigkeit erfasst, kann als sonstiges biologisches Umwandlungsverfahren und damit als Verwertung im Sinne des Anhangs 2 Teil 1 AWG 2002 qualifiziert werden. Die bei einer solchen umfassenden Abfallbehandlung – sie bezieht auch die bei der Zerkleinerung entstehenden Flüssigkeiten ein – entstehende wässrige Substanz ist als Abwasser im Sinne des § 1 Abs. 3 Z. 2 IEV zu qualifizieren. Ergebnis dieser umfassenden Behandlung muss

sein, dass die Grenzwerte der Abwasseremissionsverordnung Abfallbehandlung, BGBl. II Nr. 9/1999, erreicht werden. Nur unter diesen Voraussetzungen ist eine Einleitung in die Kanalisation zulässig. Darüber hinaus muss jedenfalls das Einvernehmen mit dem Kanalisationsunternehmen hergestellt werden.

Wie müssen Knochenabfälle aus Haushalten und aus dem Gewerbe zukünftig ordnungsgemäß entsorgt werden?

Gemäß der Verordnung des Landeshauptmannes vom 8. Oktober 2001 über die Einsammlung, Abfuhr und Beseitigung tierischer Abfälle, LGBl. Nr. 91/2001, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 52/2002, unterliegen im § 3 Abs. 1 umschriebene tierische Abfälle der Ablieferungspflicht. Sie sind daher gemäß § 1 Abs. 1 der zitierten Verordnung von der Tiroler Tierkörperentsorgungsgesellschaft mbH einzusammeln und einer Tierkörperverwertungsanstalt abzuführen.

Zu diesen abgelieferungspflichtigen tierischen Abfällen zählen gemäß § 3 Abs. 1 lit. c die nach der Schlachtung zum menschlichen Genuss nicht mehr verwertbaren Schlachtabfälle sowie Schlachtnebenprodukte

(wie Häute, Hörner, Klauen, Därme, Magen, Blut, Knochen u. a.).

Soweit daher Knochen als Schlachtnebenprodukte im Sinne des § 3 Abs. 1 lit. c der zitierten Verordnung zu qualifizieren sind, sind sie von der Tierkörperentsorgungsgesellschaft mbH einzusammeln.

Bereits bei den Ausführungen zu Frage 3 wurde erörtert, unter welchen Voraussetzungen Küchen- und Speiseabfälle aus Hausmüll zu qualifizieren sind. Entweder stammen sie aus privaten Haushalten oder sie lassen sich aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung mit Abfälle aus privaten Haushalten vergleichen.

Bei der Zubereitung von Speisen fallen auch in privaten Haushalten im eingeschränkten Ausmaß Knochen an, die als Teil der Küchen- und Speiseabfälle angesehen werden können. In diesem eingeschränkten Umfang zählen Knochen zu den als Hausmüll zu qualifizierenden Knochen- und Speiseabfällen, die über die öffentliche Müllabfuhr zu entsorgen sind.

Abteilung Umweltschutz,
Zahl U-3431a/128 vom 26. Februar 2004

18.

Tierseuchenfonds; Pflichtbeiträge 2004

Nach § 7 Abs. (1) des Gesetzes über den Tierseuchenfonds, LGBl. Nr. 17/1949, in der Fassung der Gesetze LGBl. Nr. 65/1988 und 109/2001 hat die Landesregierung mit Verordnung vom 18. Dezember 2001, LGBl. Nr. 126, festgesetzt, dass Personen, die in Tirol einen landwirtschaftlichen Betrieb besitzen oder einen solchen Betrieb als Nutznießer oder Pächter innehaben für **jedes nachstehend angeführte in ihrem Eigentum befindliche Tier im Jahre 2004** folgende Beiträge zu leisten haben:

1. für alle über ein Jahr alten Einhufer und über drei Monate alten Rinder EURO 1,50

2. für Schweine über 50 kg Lebendgewicht sowie über sechs Monate alte Schafe und Ziegen EURO 0,50

Für die Entrichtung der Pflichtbeiträge ist der im Zeitpunkt der letzten Viehzählung (Dezember 2001) festgestellte Bestand an Einhufern über einem Jahr und Rindern über drei Monaten bei den einzelnen Tierhalten maßgebend. Wenn der Gemeinde die genauen Zah-

len nicht bekannt sind, werden die laut Viehzählungsliste unter einem Jahr alten Rinder zu zwei Drittel als über drei Monate alt angenommen und sind somit beitragspflichtig. Schlachtkälber bis 300 kg sind nicht beitragspflichtig.

Wie in den Vorjahren sind von den Bezirkshauptmannschaften Listen zu erstellen, in die die Nummer der Gemeinde und die von dieser zu leistenden Beträge eingesetzt werden. Diese Liste ist bis **15. Juli 2004** an die Gemeindeabteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung einzuschicken, worauf von dort aus die Tierseuchenfondsbeiträge an den Tierseuchenfonds überwiesen werden.

Die Bezirkshauptmannschaft wolle wie bisher eine Beitragsliste (mit Zahlenangabe der einzelnen Tiergattungen) an die ho. Veterinärabteilung übermitteln.

Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des § 7 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über den Tierseuchenfonds verwiesen (Gemeinden!).

Veterinärdirektion, Zahl IIIe-43/148 vom 2. Februar 2004

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR JÄNNER 2004**
(vorläufiges Ergebnis)

	Dezember 2003 (endgültig)	Jänner 2004 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	106,5	106,6
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	112,0	112,1
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	146,5	146,7
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	227,8	228,0
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	399,8	400,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	509,4	509,9
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	511,0	511,5

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Jänner 2004 beträgt 106,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Dezember 2003 (106,1 endgültige Zahl) um 0,1% gestiegen (Dezember 2003 gegenüber November 2003: 0,2%). Gegenüber Jänner 2003 ergibt sich eine Steigerung um 1,1% (Dezember 2003/2002: +1,2%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck